

im Grunde als schädlich für das Gemeinwesen. Sei es der Franquismus, seien es die radikalen Arbeiterkulturen, sei es die zweite Republik – die politischen Traditionen der Vergangenheit werden als obsolet verworfen (vgl. Gunther/Montero 2004: 192). Der neue Horizont der spanischen Politik und Gesellschaft heißt nun Europa.

3.3 Die Kultur der Transition – eine diskursive Kartographie

Dass Spanien nach dem Tod Francos zu einem anderen Land wird, betont das hegemoniale Narrativ lautstark. Die Unterkapitel II.2.a/b »Die Transition (1975–1978) als Gründungsmythos« und »Modernisierung unter sozialistischem Vorzeichen?« legten offen: Spanien vollzog den Übergang von der Diktatur zur Demokratie nicht nur schnell, es ließ auch seine krisen- und konfliktzerrüttete Geschichte hinter sich und schlug einen westeuropäischen Entwicklungspfad ein. In der Formel »vom Recht zum Recht über das Recht« kondensierte Spaniens erster demokratischer Präsident nach Franco, Adolfo Suárez, das Ideal einer *betreuten Volkssouveränität*, also einer Demokratie, die organisch aus dem franquistischen Staatsapparat erwuchs und dessen grundsätzliche Legitimität nicht in Frage stellte. Der friedliche Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen Regime geschah dank der gemeinsamen Bemühungen aller moderaten Kräfte, er verdankte sich dem Konsenswillen der politischen Hauptakteure, von rechts (AP und UCD) bis links (PSOE und PCE). Wie der PSOE-Politiker und Verfassungsvater Peces-Barba hervorhob, war die Verfassung von 1978 von Verständigungswillen geprägt, sie wurde geradezu vom Schlüsselwert des *Konsenses* getragen. Dabei waren die Hauptdarsteller dieses Konsenswillens die politischen Eliten. Die Bürgerinnen blieben in der Transitionserzählung die passiven Rezipientinnen eines von oben entworfenen Demokratieprojekts.

In dieser Hinsicht ist festzuhalten, dass die beiden Knotenpunkte des Gründungsmythos von 1978 der *Konsens* und die *betreute Volkssouveränität* sind. Um sie herum gruppiert sich, mit Foucault (1981) gesagt, ein Ensemble von Sprechern, Begriffen und Strategien, das eine Sphäre der Legitimität konstituiert: Die politischen Eliten sind die legitimen Akteure, die liberaldemokratischen Werte sind der richtige Normenkanon, der wirtschaftsfreundliche Liberalisierungskurs ist die einzig mögliche Modernisierungsstrategie. Was außerhalb dieser Koordinaten liegt, wird ausgeschlossen, als illegitim, radikal oder gestrig gebrandmarkt. Wie die kanonischen Texte der Kultur der Transition zeigen, arbeitet der hegemoniale Diskurs mit Grenzziehungen, die oftmals subtil und relativ unsichtbar, dafür aber umso wirksamer ausfallen.

Streit, Zwist und Zerwürfnis kommen in der hegemonialen Erzählung kaum mehr vor. Sie erscheinen als Sache der Vergangenheit, für die Gegenwart haben sie jede Relevanz verloren. Im Bericht Paco Candels (Kap. II.2.d) scheint allerdings auf, dass auch in den Transitionsjahren der Konflikt nicht aus der politischen Bühne verschwunden war. Die Spannungen zwischen Linken und Rechten, zwischen Zentralstaat und peripheren Nationalismen bestanden weiter. Auch die konfliktgeladene Erinnerung an Republik, Bürgerkrieg und Diktatur blieb laut Candels Bericht in den parlamentarischen Debatten der späten 1970er Jahre virulent. Dass der Knotenpunkt des Konsenses und mit ihm Kategorien wie Kompromiss, Verantwortung oder Mäßigung zentral wurden, hängt damit zusammen, dass eine gesellschaftliche Mehrheit diesen Konsens als einzige Chance

sah, um das demokratische Regime zu stabilisieren und die Konflikte der Vergangenheit fernzuhalten. *Konsens heißt Ordnung*, so lautet die Losung, die hegemonial wurde.

Dieselbe Ausrichtung wohnt der Idee der *Volkssouveränität* inne. Auch sie gibt ein Doppelversprechen für Demokratie und Ordnung. Zwar plädieren die Spitzenpolitiker der Transitionsjahre für eine Unterordnung des politischen Prozesses unter den Volkswillen. Die Demokratisierung solle den Bürgern ihr Einflussvermögen zurückgeben. Politische Entscheidungen müssen an die kollektive Willensbildung zurückgebunden werden, ja im Volkssouverän die einzige Legitimitätsquelle haben. Doch zugleich setzt die Kultur der Transition der Ermächtigung des Volkes klare Schranken. Der demokratische Souverän darf sich nicht frei entfalten, er muss von tugendhaften Politikern betreut werden und sich innerhalb eines Rechtsrahmens entfalten, der kaum zur Verhandlung steht. Die Entscheidungsmacht des Volkes hat Grenzen. Und diese Grenzen werden in letzter Instanz nicht vom Volk, sondern vom politischen Führungspersonal gezogen. Die Kultur der Transition verfißt eine Souveränität ohne letzten Hoheitsanspruch. Für das sich konstituierende hegemoniale Projekt wäre eine entfesselte Volkssouveränität so unvorhersehbar wie gefährlich. Sie könnte Spannungen verursachen, die das Land in das polarisierte Klima von Bürgerkrieg und Franco-Diktatur zurückwerfen. Eine unkontrollierte Volkssouveränität könnte Spanien ins Chaos führen – gegen diese Furcht artikuliert sich der Knotenpunkt einer betreuten Volkssouveränität.

In einer Tabelle erscheinen die beiden Gegensatzpaare in der Kultur der Transition wie folgt:

Tab. 1: Knotenpunkte der Kultur der Transition, auf Grundlage von Kap. II.2.a
»Die Transition (1975–1978) als Gründungsmythos«

Knotenpunkte		Antagonismen
Konsens	↔	Konflikt
betreute Volkssouveränität	↔	Chaos

Der Gründungsmythos von 1978 mit seinen beiden Knotenpunkten, dem Konsens und der betreuten Volkssouveränität, sind Kernbestandteile der Kultur der Transition. In meiner Deutung entfaltet sich die postfranquistische Gesellschaft und Politik auf den Fundamenten, die in den Transitionsjahren gelegt wurden. Der Gründungsmythos von 1978 liegt der neuen Verfassung zugrunde, aber nicht nur ihr. Vielmehr entsteht in dieser Zeit ein ganzes Set von Institutionen, Akteuren und Praktiken, die über Jahrzehnte hinweg bestehen werden. Die vorhergehende Analyse betrachtete seine Sedimentierung zu einem mächtigen Commonsense, genauer, zu einer fraglosen Kultur, die zum naturalisierten Horizont der Gesellschaft sedimentierte. Doch so stark diese Sedimentierung ausfiel, so irrtümlich wäre es, die Kultur der Transition nur auf die Transitionsjahre im engen Sinne (1975–1982) zu beschränken. Die gesamten 1980er Jahre gelten mir als zweite starke Prägephase der Kultur der Transition. Unter der Ägide der sozialdemokratischen Regierung von Felipe González entfaltet sich ein Leitmotiv, dessen Wurzeln weit

zurückreichen und das rasch zum Ideal eines ganzen Landes aufsteigt: die Modernisierung Spaniens.

In der Selbstbeschreibung der Kultur der Transition ist die Modernisierung ein vielschichtiges Phänomen. Der Fortschrittspathos war in Spanien schon seit dem 19. Jahrhundert präsent, doch stets blieb er ein unerreichbares, zum Scheitern verurteiltes Ideal. Ob bedingt durch die Klassenkonflikte, den Bürgerkrieg oder die Diktatur: Der Weg Spaniens in die Moderne schien stets blockiert, zum Scheitern verurteilt. Doch bereits vor der Demokratie kommt die Kehrtwende. Die kanonische Literatur ist sich einig, dass ab den 1950er Jahren eine dauerhafte ökonomische Wachstumsphase einsetzt. Basierend auf den Wirtschaftszweigen des Tourismus und der Industrie und angetrieben durch ausländische Investitionen und Deviseneinnahmen verändert sich das Land grundlegend. Es entsteht eine breite Mittelschicht nach westeuropäischem Maßstab. Sie ist urban, individualistisch, konsumorientiert – und kaum politisiert und ideologisiert. Diese Mittelklasse avanciert, so der hegemoniale Diskurs, zum Auszeichnungsmerkmal einer modernisierten Sozialstruktur und zieht einen Schlussstrich hinter die einstigen Polarisierungen. Die früheren Gegensätze zwischen einer breiten Arbeiterklasse und einer kleinen Oberschicht werden durch die neue Mittelklasse behoben. Bereits in der Spätphase des Franquismus entfaltet sich eine neue Gesellschaftsstruktur. Sie ist die *strukturelle Grundlage* der späteren Demokratisierung. Der gemäßigte, konsensorientierte und konfliktarme Transitionsprozess spiegelt das wider, was die spanische Gesellschaft ohnehin seit Jahren ist.

Diese soziale Modernisierung ist der Ansatzpunkt der Programmatik, welche die PSOE-Regierungen von González in den 1980er und 1990er Jahren artikulierten. Anhand von Programmen, Reden und Gesetzesinitiativen zeigte sich, dass das sozialistische Kabinett seine Politiken rund um die Leitkategorie der Modernisierung entfaltet. Dabei verleiht die PSOE-Regierung dem Signifikanten der Modernisierung eine spezifische Wendung: Er setzt Politiken der Modernisierung mit solchen der *Liberalisierung* gleich. So macht sich ein moderner Verwaltungsapparat eine Unternehmenskultur zu eigen und funktioniert nach Kriterien von Effizienzsteigerung, Dienstleistungsorientierung und interner Flexibilität. Genauso entledigt sich eine moderne Wirtschaft ihrer ineffizienten und antiquierten Schwerindustrie und ersetzt sie durch einen modernen Dienstleistungssektor, der kaum Regulierungen bedarf. Für den PSOE ist die freie Marktwirtschaft der Leitfaden, entlang dessen das Ziel der Modernisierung angestrebt wird.

Pointiert gewendet, dient dem PSOE das Modernisierungsideal als Hebel eines Rechtsrucks. Die Sozialisten wenden sich gegen ein starkes sozialdemokratisches Programm rund um Politiken von Umverteilung und Wohlfahrtsstaatlichkeit, und entscheiden sich für ein wirtschaftsliberales Profil, das Margaret Thatcher und Helmut Kohl deutlich nähersteht als François Mitterrand oder Olaf Palme. So Streitbar die Politik der Sozialisten in historischer Perspektive sein könnte, so wenig wird sie seitens des kanonischen Narratives problematisiert und als zu gemäßigt oder wirtschaftsliberal kritisiert. Im Gegenteil: Fast einstimmig wird das PSOE-Projekt als *das* große Modernisierungsprojekt Spaniens gelobt. Das Narration lautet: Suárez und Juan Carlos I brachten Spanien die Demokratie, González und der PSOE brachten dem Land die endgültige Modernisierung, sie brachten es auf die Standards Westeuropas. Welche tatsächlichen Politiken dem Modernisierungsprojekt zugrunde lagen, bleibt mit Schlag-

wörtern wie »Aufbau des Sozialstaats«, »Deindustrialisierung« oder »Integration in Europa« nur angedeutet. Wichtig ist die Erzählung. Die sozialistische Programmatik erscheint als *fraglose Fortsetzung* der sozioökonomischen *Modernisierung*, die in den 1950er Jahren *unter Franco* begonnen hat. Die Sozialisten vollstrecken eine Entwicklung, die längst im Gange ist, die in der Gesellschaft längst akzeptiert und verankert ist. Insofern deckt sich die Selbstbeschreibung der Sozialisten als »bloßes Instrument des Wandels« mit der kanonischen Erzählung: Der PSOE von González schließt auf politischer Ebene eine Modernisierung ab, die auf sozialer Ebene begonnen hat, ja ihren eigentlichen Dreh- und Angelpunkt in der Gesellschaft findet.

Dass die Modernisierungswende nicht nur eine Sache der Sozialisten ist, beweist auch die Neuorientierung der Konservativen. Als sich 1989 unter José María Aznar die franquistische Nachfolgepartei *Alianza Popular* als *Partido Popular* (PP) neu gründet, geht das mit einer programmatischen Wende einher. Der PP erfindet sich neu als Mitte-rechts-Partei. Die Kraft verwirft ihre franquistischen Wurzeln und orientiert sich an den europäischen Konservativen. Der junge Parteichef Aznar greift den Leitbegriff der Freiheit auf, um daraus ein neoliberales Programm zu schmieden, das den freien Markt ausdehnen und den Staat klein halten soll. Damit wird an das sozialistische Modernisierungsprojekt angeschlossen – und deren Liberalismus weiter radikalisiert. Die Neugründung der Konservativen legt offen, dass die Modernisierung zu einem Axiom geworden ist, das jede Kraft, die Mehrheitsansprüche erhebt, reartikulieren muss. Diese Modernisierung ist aber nicht unbeweglich, sondern lässt sich verschieden artikulieren – beim PSOE eher sozialliberal, beim PP eher marktradikal. Dennoch gilt: Die Gleichsetzung von *Modernisierung mit wirtschaftlicher Liberalisierung* sedimentiert bei beiden Volksparteien PSOE und PP zum festen Knotenpunkt. So treibt die Kategorie der Modernisierung die beiden Parteien in eine programmatische Reorientierung. Sie müssen sich von ihren jeweiligen Ursprüngen im Marxismus und Franquismus abwenden und als gemäßigte Kräfte neu erfinden: die eine als liberale Sozialdemokratie, die andere als christdemokratische Volkspartei. So passen sich beide Parteien an den westeuropäischen Rahmen samt EWG- und NATO-Mitgliedschaft an, sie stellen sich als modernisierte Volksparteien auf – den europäischen Nachbarn folgend, ihre eigene Vergangenheit verwerfend.

Für die spanische Gesellschaft als Ganzes gilt Ähnliches wie für PP und PSOE. Im Zeichen der Modernisierung repräsentiert sich die Gesellschaft als europäisch und gemäßigt. Sie ist eine neue Gesellschaft geworden, die nicht mehr die Konflikte und Polarisierungen der Vergangenheit kennt, sondern eine Ordnung der zufriedenen Mittelklassen wird. Doch wie der *Informe Petras* veranschaulichte (Kap. II.2.d), bleibt das moderne Spanien von sozialen Ungleichheiten geprägt. Die jungen Arbeitergenerationen sind weit stärker als die vorherigen von Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen und Prekarisierung betroffen. Diese Ungleichheit bleibt jedoch oft stumm. Dem Idiom des Klassenkampfes haftet in der modernen spanischen Gesellschaft die Aura des Antiquierten an. Die Kultur der Transition forciert eine Neuerfindung der Gesellschaft: Die Mittelschichten, nicht das Proletariat oder wie im Franquismus Armee, katholische Kirche und Bürgertum bestimmen das Selbstbild einer neuen, europäisierten Sozialstruktur. Und just diese *Ablehnung der Vergangenheit* ist der verborgene Antagonismus, gegen den das Modernisierungsideal in Stellung gebracht wird. Die Modernisierung wendet sich gegen

alles, was dem Fortschritt und Spaniens europäischer Angleichung im Wege steht. Die Vergangenheit ist *das* Hindernis, das Spanien überwinden muss, um endlich modern zu werden. Von der institutionellen Politik über die Gesellschaftsstruktur hin zu den sozialen Bewegungen wird propagiert, dass die modernen Zustände mit den alten gebrochen haben. Es beginnt eine neue Zeit, eine neue Geschichte ohne die Last einer erdrückenden Vergangenheit.

Auf politischer Ebene wird also Modernisierung mit Wirtschaftsliberalismus gleichgesetzt, auf sozialer Ebene gilt Modernisierung als Verpflichtung zur Mittelschichtsgesellschaft. Der PSOE als »Instrument des Wandels« verpflichtet sich zu beidem, womit er die Modernisierungspolitik des Spätfranquismus fortsetzt. Die Vergangenheit ist die Nemesis dieser allseitigen Modernisierung. Die Vergangenheit würde Stillstand bedeuten, sie würde in Gesellschaft wie Politik jene Polarisierungen reproduzieren, die zum Bürgerkrieg führten. Die Modernisierung dagegen soll Spanien einen neuen Zukunftshorizont verleihen. Dieser Horizont ist zwar ausgesprochen vage, er verdichtet sich aber in einem Signifikanten: *Europa*. Denn (west-)europäisch soll das Land werden: vom Parteiensystem über die Wirtschaft bis hin zur Sozialstruktur. Die folgende Tabelle stellt die Kernaxiome der Kultur der Transition in den 1980er Jahren dar:

Tab. 2: Spaniens Modernisierung, auf Grundlage von Kap. II.2.b/c, II.3.a/b

Knotenpunkt		Antagonismus
Modernisierung	↔	Vergangenheit
<u>Äquivalentsetzung mit:</u> Politik als wirtschaftsliberale Politik Gesellschaft als Mittelschichtsgesellschaft	↔ ↔	Stillstand Polarisierung und Konflikt
↓ Zukunftshorizont: Europäisierung Spaniens		

Als Fazit dieses Kapitels bleibt festzuhalten, dass sich nach dem Ende des Franquismus in Spanien ein neues, ungemein einflussreiches und widerstandsfähiges hegemoniales Projekt konstituiert, die Kultur der Transition. Meine Lektüre der Selbstbeschreibung dieser sedimentierten Kultur über die kanonische Literatur hält fest, dass diese Kultur auf einer doppelten Legitimitätsgrundlage fußt. Auf der einen Seite legitimiert sich die Kultur der Transition politisch durch den *Gründungsmythos von 1978*. Der modellhafte Übergang von der Diktatur zur Demokratie steigt zum Erfolgsnarrativ auf. Die Transition wird zu einer der größten Errungenschaften, die Spaniens politische Akteure je erzielt habe. Auf diese Weise avancierten die beiden Kernkategorien des Gründungsmythos von 1978, der *Konsens* und die Idee einer *betreuten Volkssouveränität* zu Schlüsselkategorien der nachfranquistischen Politik. Gerade in Krisenmomenten werden sie immer wieder reaktiviert und in politische Entscheidungen überführt. Auf der anderen Seite legitimiert sich die Kultur der Transition sozial und ökonomisch durch die erfolgreiche *Modernisierung* Spaniens. Seit den 1950er Jahren entfaltet sich auf sozioökonomischem Terrain ein tiefgreifender Modernisierungsprozess. Er verändert die Gesellschaft zutiefst und gleicht Spaniens Sozialstruktur westeuropäischen Standards an. Der im

Franquismus begonnene Modernisierungsprozess wird in den 1980er Jahren durch die PSOE-Regierungen von Felipe González fortgeführt. Spätestens 1989, als sich die Konservativen als PP neu aufstellen, wird die Modernisierung zum unbestrittenen Signifikanten, an dem sich alle etablierten Akteure orientieren. Auf der Ebene öffentlicher Politiken nimmt die Modernisierung als Wirtschaftsliberalisierung Gestalt an. Die Entbetung der freien Marktwirtschaft wird gleichgesetzt mit Wachstum, mehr noch, mit Fortschritt. In der Gesellschaft heißt Modernisierung der Übergang zu einer (endlich) befriedeten Sozialstruktur, in der die Mittelklassen dominieren. Die Modernisierung wird auf diese Weise zum Gegenbild der Angst vor der Stagnation, Polarisierung und Zerrüttung, die Spanien jahrzehntlang, im Kern seit dem 19. Jahrhundert geprägt hatte. Folglich ist die primäre Triebkraft der Modernisierung weder ökonomisch noch sozialstrukturell. Vielmehr stehen wir vor einer Erzählung, die ihre Kraft aus sich selbst schöpft, weil sie zu einem kulturellen Wert sedimentiert, der die Gesellschaft verändert. Die Modernisierung ist deshalb so mächtig, weil sich in ihr das Versprechen auf den Wandel Spaniens hin zu Europa kristallisiert.

Der Gründungsmythos von 1978 und der Topos der Modernisierung statten die Kultur der Transition jahrzehntlang mit Legitimität aus. Aus einem hegemonialen Projekt wird eine naturalisierte Kultur, die fraglos akzeptiert wird. Die Kultur der Transition reicht zurück bis in den Franquismus, sie legitimiert dessen ökonomische Modernisierungspolitik mit – und lässt seine ökonomischen Pfeiler wie den Massentourismus oder die Immobilienwirtschaft nicht nur unhinterfragt, sondern stützt sich aktiv auf diese. So wichtig die politisch brisanten Transitionsjahre (1975–1978) für die Artikulation dieses hegemonialen Projektes sind, so wichtig ist zugleich das politisch beruhigte Folgejahrzehnt der 1980er Jahre, damit die Kultur der Transition endgültig festlegt, wie das politische System und die Gesellschaft verfasst sein müssen. Die Kultur der Transition wird in den 1990er und 2000er Jahren zu einer sedimentierten Kultur, die Spanien definiert. Zwei Jahrzehnte lang, bis zur Wirtschaftskrise von 2008, steht der normative Rahmen fest, auf dessen Basis sich wechselnde Regierungen und Ereignisse entfalten. Auf diese Weise mutiert die in den 1970er und 1980er Jahren artikulierte Kultur der Transition zum Sinnbild der sozialen Ordnung. Es ist eine Ordnung, die bewusst wie unbewusst wirkt, deren Signifikanten und Praktiken für sich Allgemeingültigkeit beanspruchen. Die Topoi von Konsens, Modernisierung oder einer betreuten Volkssouveränität werden aber, so werden die folgenden Kapitel zeigen, durch die Proteste der Indignados grundsätzlich in Frage gestellt. Ab 2011 sieht sich die Kultur der Transition mit einer neuen Gegenhegemonie konfrontiert. Für einen kurzen historischen Augenblick zwischen 2011 und 2016 scheint es, als erfinde sich das postfranquistische Spanien neu. Doch diese Neuerfindung, so mächtig sie zeitweilig ausfällt, wird die Kultur der Transition nicht zum Verschwinden bringen, sondern eine politische Reaktivierung der historisch tradierten Ordnung provozieren (Kap. VII.2).

Abbildung 6 bietet zum Abschluss eine Übersicht der diskursiven Knotenpunkte, welche die Kultur der Transition auszeichnen:

Abb. 6: Die Kultur der Transition als hegemoniale Kultur des postfranquistischen Spaniens

